

Vorschläge an die künftige Bundesregierung

## **Deutschland bei grünen Innovationen zurück in die erste Liga heben**

Deutschland hat in wichtigen Zukunftsbranchen den internationalen Anschluss verloren. Die notwendige Digitalisierung von Schlüsselbranchen kommt nur schleppend voran. Die einstige Vorreiterrolle bei Energiewende und Klimaschutz ist kaum noch vorhanden. Schuld sind politische Rahmenbedingungen, die herkömmliche Geschäftsmodelle etablierter Unternehmen schützen und wenig Spielraum für disruptive neue Akteure bieten. Damit Deutschland bei der Green Economy nicht zum Schlusslicht wird und den langfristigen Abstieg in die technologische Bedeutungslosigkeit riskiert, muss die künftige Bundesregierung grundlegende Weichenstellungen in Richtung Fortschritt und Innovation vornehmen.

Start-ups und Innovationsunternehmen können mit ihren disruptiven Ideen und unkonventionellen Herangehensweisen einen ganz entscheidenden Beitrag zur Energie-, Wärme- und Mobilitätswende sowie zur ökologischen Modernisierung Deutschlands leisten. Allerdings stehen ihnen dabei immer wieder regulatorische Hürden im Weg. Die „Eco Innovation Alliance“ – ein Zusammenschluss führender grüner Start-ups und Innovationsunternehmen – möchte der künftigen Bundesregierung dabei helfen, diese Hürden zu erkennen und zu beseitigen. Deshalb schlägt sie für die kommende Legislaturperiode die Umsetzung folgender Maßnahmen vor.

### **Beteiligungen an Start-ups anreizen**

---

Für den Aufstieg in die Weltspitze brauchen Start-ups nicht nur innovative Ideen, sondern auch Kapital. Allerdings kommen die durch Forschungs- und Investitionsförderung bereitgestellten öffentlichen Mittel kaum bei den jungen Unternehmen an. Deshalb muss insbesondere Start-ups aus den Schlüsselbranchen der Zukunft der Zugang zu privatem Wagniskapital erleichtert werden. Konkret schlagen wir die Einführung einer Sonderabschreibung auf aus Beteiligungen entstandene Verluste vor. Damit steigt die Attraktivität von Investitionen in Start-ups, ohne dass die Wagniskapitalgeber von ihrem unternehmerischen Risiko befreit werden.

Konkret schlagen wir vor,

- im Bundeshaushalt ein Budget für das Instrument der Sonderabschreibung einzurichten,
- die dafür notwendigen Mittel in Teilen aus den bisherigen Töpfen für nicht-universitäre Energie-, Gesundheits- und Mobilitätsforschung, in Teilen aus nicht abgerufenen Mitteln aus anderen Förder- und Investitionsprogrammen bereitzustellen,
- die Möglichkeit zu schaffen, Verluste je Wagniskapitalgeber im Wege einer Sonderabschreibung geltend zu machen, sofern die Investition in ein Unternehmen erfolgte, das
  - in den grünen Schlüsselbranchen der Zukunft tätig ist,
  - nicht älter als 10 Jahre ist und
  - zum Zeitpunkt der Investition einen Unternehmenswert von höchstens 1 Milliarde Euro aufweist.



## **Bürokratie, flexible Gesetze, öffentliche Aufträge, Gründerzentren**

---

- **Bürokratie abbauen, Verwaltung digitalisieren, Förderprogramme ausbauen**  
Gründern muss der Weg in die Selbstständigkeit erleichtert werden. Dafür müssen unnötige bürokratische Hürden abgebaut werden, indem die Verfahren der öffentlichen Verwaltung insbesondere bei der Unternehmensgründung und im Finanz- und Personalwesen durchgehend digitalisiert und deutlich vereinfacht werden. Förder- und kostenlose Beratungsprogramme sollen ausgebaut und auf bestehende Start-ups ausgeweitet werden.
- **Gesetze einem regelmäßigen Realitätscheck unterziehen**  
Die Umsetzung innovativer Ideen wird oft durch veraltete gesetzliche Rahmenbedingungen behindert. Viele Regeln und Vorschriften stammen aus Zeiten, in denen der technologische Fortschritt der letzten Jahrzehnte undenkbar war, und sind zu starr, um die sich daraus ergebenden, innovativen Möglichkeiten zuzulassen. Wir wollen deshalb, dass diese Gesetze einem regelmäßigen Realitätscheck unterzogen und die darin enthaltenen Vorschriften hinsichtlich ihrer Technologie- und Innovationsoffenheit überprüft und gegebenenfalls modernisiert werden.
- **Mehr öffentliche Aufträge an Start-ups vergeben**  
Start-ups und kleine Unternehmen sind bei öffentlichen Vergabeverfahren trotz ihrer innovativen Geschäftsideen oft strukturell benachteiligt und erhalten deshalb nur selten einen Zuschlag. Der Anteil der an Start-ups und kleinen Unternehmen vergebenen öffentlichen Aufträge sollte erhöht werden, etwa durch die Einführung einer Quote oder die Errichtung eines Pools bestimmter Unternehmen, die bei öffentlichen Vergaben berücksichtigt werden müssen, ohne dass fehlende Projektreferenzen oder Finanzstärke zum Ausschlusskriterium werden.
- **Zusammenspiel zwischen Forschung und Markt verbessern**  
Start-ups haben in vielen Branchen unter Beweis gestellt, welchen wichtigen Beitrag sie zur Schließung der bestehenden Lücke zwischen Forschung und Markt leisten können. Diese Rolle muss weiter gestärkt werden. Deshalb sollte die Einrichtung von wissenschaftlichen Gründerzentren gefördert werden, mit denen Start-ups unter anderem bei der Markteinführung von Produkten gezielt unterstützt werden können. Außerdem muss Start-ups der Zugang zu Wagniskapital erleichtert werden, etwa indem die Bildung entsprechender, auf den Hightech-Bereich spezialisierten Venture Capital Fonds gezielt gefördert wird.

## **Sektorspezifische Vorschläge**

---

- **Förderprogramme im Gebäudebereich bündeln**  
Investitionen in die Reduzierung von Energiekosten amortisieren sich oftmals erst nach Jahrzehnten. Hauseigentümer sollten bei der Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen unterstützt werden und einen besseren Zugang zu Förderangeboten erhalten. Deshalb schlagen wir vor, sämtliche Förderangebote bei einer zentralen Anlaufstelle, etwa dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, zu bündeln.



- **Hauseigentümern und Mietern die Nutzung erneuerbarer Energien erleichtern**  
Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger spielt eine entscheidende Rolle beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Eigentümern von Ein- und Mehrfamilienhäusern sollte die Errichtung von Erneuerbare-Energien-Anlagen auf ihren Grundstücken erleichtert werden. Gleichzeitig müssen die Bewohner bei der Nutzung des darin erzeugten Stroms entlastet werden.
- **Speicherstrategie entwickeln**  
Wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, braucht die Energiewende Stromspeicher. Bislang gibt es keine Strategie, wie diese Schlüsseltechnologie im Stromsystem etabliert werden soll. Anders als erneuerbare Energien oder fossile Kraftwerke sehen sich Stromspeicher teils absurden regulatorischen Hürden gegenüber. Hier bedarf es einer ambitionierten Speicherstrategie, die den Markt für Stromspeicher öffnet und weiterentwickelt.
- **Sektorkopplung marktwirtschaftlich und technologieneutral vorantreiben**  
Wir wollen die Energiewende auch in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Wärme konsequent vorantreiben. Dabei spielt die Verknüpfung dieser Bereiche mit der Stromerzeugung (sogenannte Sektorkopplung) eine zentrale Rolle. Um die Kosten für die Verbraucher wirksam zu begrenzen und die Versorgungssicherheit weiter zu erhöhen, sollte die Sektorkopplung marktwirtschaftlich und technologieneutral weiterentwickelt werden.
- **CO<sub>2</sub>-Steuer im Wärmemarkt einführen, Stromsteuer absenken**  
Um die notwendige Sektorkopplung voranzutreiben, muss die steuerliche Ungleichbehandlung von Strom im Wärme- und Verkehrssektor beendet werden. Als ersten Schritt schlagen wir daher die Abschaffung der Stromsteuer auf das europäisch vorgegebene Mindestniveau vor. Außerdem sollte die Steuer- und Abgabenlast der einzelnen Energieträger entsprechend der tatsächlichen CO<sub>2</sub>- und NO<sub>x</sub>-Emissionen ausgestaltet werden.
- **Netzentgelte zeitlich und räumlich dynamisieren**  
Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien gewinnt die räumliche und zeitliche Steuerung der Nachfrage zunehmend an Bedeutung. Die dafür notwendigen Anreize müssen gestärkt werden. Deshalb sollte bei den Netzentgelten eine dynamische Komponente eingeführt werden, die die räumliche und zeitliche Verfügbarkeit von Strom preislich abbildet. Dadurch sinken die Kosten für die Verbraucher und steigt gleichzeitig die Versorgungssicherheit.
- **Neue Formen der Mobilität ermöglichen**  
In der Mobilität befindet sich die Gesellschaft im Wandel. Die Zukunft der Mobilität ist vernetzt, flexibel, zunehmend emissionsfrei und ressourcenschonend. Öffentlicher Personennahverkehr und Individualverkehr werden immer mehr miteinander verschmelzen. Unterstützt von der digitalen Entwicklung werden Menschen zunehmend diverse Verkehrsmittel kombinieren. Diese Entwicklung muss gefördert werden. Um die ökonomischen und ökologischen Potentiale der Digitalisierung zu erschließen, sollten die rechtlichen Rahmenbedingungen für neue Formen der Mobilität modernisiert und verbessert werden. So schaffen wir die Verkehrswende und sichern Wertschöpfung und Beschäftigung hierzulande.



- **Energiesteuer konsistent gestalten**  
Die bestehende steuerliche Ungleichbehandlung von Diesel- und Benzin-Fahrzeugen muss beendet werden. Der Energiesteuersatz von Diesel sollte deshalb an den von Benzin angeglichen werden. Die so entstehenden Steuermehreinnahmen könnten für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge verwendet werden.
- **Hürden für Elektromobilität beseitigen**  
Der Ausbau der Elektromobilität spielt eine zentrale Rolle bei der Erreichung der Klimaziele und der Entlastung der Innenstädte von Lärm und Schadstoffemissionen. Bestehende Hürden für die Marktentwicklung der Elektromobilität müssen weiter abgebaut werden. Dafür sollten auf europäischer Ebene technische Standards eingeführt werden, etwa im Bereich der Ladestecker oder der Ladevorgänge und der damit verbundenen Authentifizierungsprozesse. Gleichzeitig muss Mietern die Errichtung von Ladestationen ermöglicht werden, etwa in den zu ihren Wohnungen gehörenden Gemeinschaftsgaragen, Höfen oder Straßenzugängen. Außerdem sollte auch die Errichtung nicht-öffentlicher Ladestationen finanziell gefördert werden.
- **Nachweispflicht für Ökostrom bei Elektrofahrzeugen einführen**  
Die ökologische Vorteilhaftigkeit von Elektrofahrzeugen ist nur dann gegeben, wenn der verwendete Strom aus erneuerbaren Energien stammt. Deshalb sollten die Anbieter von Ladestationen dazu verpflichtet werden, ihren Nutzern ausschließlich zertifizierten Ökostrom zur Verfügung zu stellen. Hierfür sollte eine entsprechende Nachweispflicht eingeführt werden.

---

David Wortmann  
c/o DWR eco GmbH  
Albrechtstraße 22  
10117 Berlin

Telefon: 030 609 819 500  
E-Mail: [info@eco-innovation-alliance.com](mailto:info@eco-innovation-alliance.com)

[www.eco-innovation-alliance.com](http://www.eco-innovation-alliance.com)

